

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 45 (1965-1966)
Heft: 4

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

JOHNSONS HARTER KURS

Wenige Monate nur sind vergangen, seit die «State-of-the-Union»-Botschaft Präsident Johnsons die Befürchtung wach werden ließ, der Nachfolger Kennedys werde einen Kurs steuern, in welchem der Innenpolitik das Primat zukommen würde. Ein knappes halbes Jahr nach seiner Amtseinssetzung muß sich derselbe Johnson gegen die Vorwürfe wehren, er führe eine aktive Außenpolitik, die den abenteuerlichen Postulaten seines Gegenspielers vom vergangenen November, *Barry Goldwater*, bedenklich nahe komme. Tatsächlich legt Johnson das Mandat, das ihm die Nation im letzten Herbst mit überwältigendem Vertrauen übertragen hat, außenpolitisch in dem Sinne aus, an den Gefahrenpunkten der internationalen Politik aktiv die amerikanischen Interessen zu vertreten und dabei an die äußersten Grenzen der Tragbarkeit machtpolitischer Demonstrationen zu gehen.

Die Intervention in Santo Domingo

Das hervorstechendste Beispiel von Johnsons hartem Kurs ist das Eingreifen der Vereinigten Staaten in die Wirren in der *Dominikanischen Republik*. Seit den Tagen Roosevelts, der die nordamerikanischen Positionen im karibischen Raum liquidierte und die Politik der guten Nachbarschaft inaugurierte, galt es in Washington als ungeschriebene außenpolitische Maxime, in die inneren Konflikte Lateinamerikas nicht zu intervenieren. Es war unter anderem eine Folge dieser Zurückhaltung der USA, daß es *Fidel Castro* in *Kuba* gelang, eine Art kommunistisches Regime aufzurichten, das — auch nach dem Abzug der sowjetischen Raketen — eine ständige Bedrohung der Vereinigten Staaten bedeutet. Als nun die am 24. April ausgebrochene Revolte in Santo Domingo, nicht zuletzt dank kräftiger Hilfe von außen, in eine kommunistische Revolution abzugleiten drohte, sah sich Johnson vor die Alternative gestellt, entweder die seit drei Jahr-

zehnten geübte Praxis der Nichtintervention weiter zu verfolgen und damit die Schaffung eines *zweiten Kuba* zu riskieren, oder aber die unmittelbaren Interessen der USA zu schützen und eine Demonstration der bewaffneten Macht der Vereinigten Staaten in der Karibischen See zu wagen. Johnson hat sich nach nur kurzem Zögern zur *Intervention* entschlossen. Am 28. April landeten die ersten Marinefusiliere auf Hispaniola.

Die zu erwartende heftige Reaktion auf diese Wiederbelebung der «Kanonenbootdiplomatie» vergangener Jahrzehnte suchte Johnson durch die Einschaltung der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) in die Aktion abzufangen. Es gelang ihm zwar, eine Mehrheit der Mitglieder dieser Regionalorganisation zur Teilnahme an Entsendung von Truppenkontingenten nach der Dominikanischen Republik zu gewinnen. Die kärglichen Detachements, die dann tatsächlich — von den meisten Ländern zudem nur recht widerwillig — abgeordnet wurden, vermochten freilich nicht, Washington die Verantwortung an dem Unternehmen auf andere abwälzen zu lassen und seine eigene Aktion in eine internationale zu verwandeln. Weniger genehm war den Vereinigten Staaten begreiflicherweise der Versuch der *Uno*, sich in den Konflikt einzuschalten. Generalsekretär *U Thant* entsandte zwar eine *Vermittlungsmission* unter der Leitung eines Venezolaners nach Santo Domingo. Angesichts des Widerstrebens der USA, die wohl nicht zu Unrecht das Entstehen einer Situation ähnlich jener im Kongo befürchteten, vermochte diese Mission jedoch nichts auszurichten, und auch die Debatten des Sicherheitsrates erschöpften sich bis jetzt in rhetorischen Demonstrationen.

Die Verantwortung Washingtons

Es ist unter diesen Umständen eindeutig, daß die Verantwortung für die Weiterentwicklung in der Dominikanischen Republik auf

der Administration Johnson allein ruht. Das Land wird auf die Dauer nicht von den nordamerikanischen Truppen besetzt bleiben können. Bereits hat Johnson den Rückzug sämtlicher *Marinefusiliere* angeordnet, deren weiterer Verbleib unliebsame Reminiszenzen an die Vergangenheit wachrufen könnte. Aber auch die übrigen militärischen Einheiten werden über kurz oder lang das Land zu räumen haben. Dies wird wohl logischerweise erst dann geschehen, wenn die politischen Verhältnisse einigermaßen stabilisiert sind. Aufgabe Washingtons ist es deshalb, in Santo Domingo eine Regierung einzusetzen, die eine echte demokratische Entwicklung garantiert und gleichzeitig über den notwendigen Rückhalt in der Bevölkerung verfügt. Das erste Experiment, das der Sonderberater Präsident Johnsons, *McGeorge Bundy*, in dieser Richtung unternommen hat, ist bereits gescheitert: Die USA versuchten, dem Rebellenführer Oberst *Caamaño General Imbert Barrera* gegenüberzustellen, der zwar seinerzeit am Sturze *Trujillos* mitgewirkt hat, gleichzeitig aber als opportunistisch schillernde Figur keineswegs über eine größere Anhängerschaft zu verfügen scheint. Wie die Nordamerikaner das schwierige Problem lösen, einem Land, das gegenwärtig eine tiefgreifende soziale Umwälzung durchmacht, eine neue, allgemein anerkannte Regierung zu geben, ist im Augenblick noch unklar. Hier aber rührt man an die Hauptfrage, der sich die Vereinigten Staaten im Augenblick gegenübersehen: in den unterentwickelten Ländern ihrer Einflußsphäre auf legitimer Basis stabile innenpolitische Verhältnisse zu schaffen. Es scheint die einzige Möglichkeit zu sein, ein Abgleiten der sozialen Umschichtung in den Sog des Kommunismus zu verhindern.

Zwischen «Escalation» und Verhandlungen in Vietnam

Dem gleichen Problem sieht sich die Weltmacht Amerika auch in *Vietnam* konfrontiert. Seit der Ermordung *Ngo Dinh Diems* und der Entmachtung seiner Anhänger im November 1963 hat Südvietnam anfangs Juni seinen

achten Putsch erlebt, der in diesem ermüdenden Karussell von Politikern und Generälen wieder einmal eine *Militärjunta* an die Macht brachte. Auch sie dürfte, wenn nicht alles trügt, kaum das Organ sein, das in der Lage ist, in dem seit Jahrzehnten vom Krieg heimgesuchten Land eine stabile Ordnung zu garantieren. Die Verhältnisse in Vietnam sind freilich ungleich komplizierter als in der Dominikanischen Republik, da sich das amerikanische Engagement in Vietnam immer stärker einer direkten Teilnahme am Krieg gegen den Vietcong nähert. Die Schraube der «Escalation» hat sich in den vergangenen Wochen wieder um einige Windungen weitergedreht. Am 16. Juni kündigte Verteidigungsminister *McNamara* die Entsendung weiterer sechs Bataillone zur Verstärkung der dort befindlichen neun amerikanischen Bataillone an. Bis Ende Juli sollen rund 75 000 amerikanische Soldaten in Südvietnam stehen, darunter etwa 21 000 Angehörige eigentlicher Kampfverbände. Die Soldaten und Marinefusiliere dienen hauptsächlich dem Schutz der wichtigsten südvietnamesischen Häfen; sie sollen aber, falls die Umstände es erfordern, auf südvietnamesischer Seite auch in die Kämpfe eingreifen können. Mit der Ende Mai eröffneten «Monsoonoffensive» des Vietcong, die den südvietnamesischen Regierungstruppen bereits empfindliche Verluste zufügte, dürfte der Zeitpunkt einer direkten amerikanischen Intervention nahe herangerückt sein. Inzwischen werden die Bombenangriffe auf Ziele in Nordvietnam durch die Amerikaner pausenlos weitergeführt, und es scheint wahrscheinlich, daß sie in absehbarer Zeit räumlich noch weiter ausgedehnt werden. In dieser Situation war es angebracht, daß der Vorsitzende der außenpolitischen Kommission des amerikanischen Senats, *Fulbright*, in einer Rede den *begrenzten Charakter* des amerikanischen Engagements in Südvietnam unterstrich. Er warnte davor, daß unter allen Umständen hier ein «totaler Sieg» angestrebt werden sollte. *Fulbright* steckte damit die Front gegen die extremistischen Intransigenten ab, deren Forderungen die USA in einen unübersichtlichen Konflikt zu verwickeln drohen. In klaren Worten umriß *Fulbright* die

Ziele der amerikanischen Vietnampolitik, indem er zwei Forderungen aufstellte: Erstens, daß Südvietnam gehalten werden müsse und zweitens, daß man den Kommunisten eine vernünftige und attraktive *Alternative zum militärischen Sieg* anbieten sollte. Der Senator führte damit die Politik Johnsons wieder zurück auf den Ausgangspunkt vom Februar, als die Bombardierungen Nordvietnams begannen — Ziel dieser Aktionen ist letzten Endes nicht die Vernichtung des Gegners, sondern die Erzwingung von dessen *Friedensbereitschaft*. Das Verhandlungsangebot, das der amerikanische Präsident am 7. April in seiner Rede in *Baltimore* umschrieben hat, gilt noch heute.

Schwankende Verbündete

Johnsons harter Kurs in Vietnam hat innerhalb der USA eine große *Opposition* auf den Plan gerufen, die von den Universitäten bis ins Parlament Bewegung ausgelöst hat. Aber auch die Verbündeten Amerikas zeigen sich gegenüber der Vietnampolitik Washingtons skeptisch. *De Gaulle* verurteilt sie in globo und befürwortet eine Neutralisierung Vietnams nach dem keineswegs ermutigenden Vorbild von *Laos*. Großbritannien unterstützt zwar — nicht zuletzt im Hinblick auf die Gefährdung eigener Positionen in Malaysia bei einem allfälligen Rückzug der Amerikaner aus Vietnam — die Haltung der USA. Aber Wilson sieht sich hier innerhalb seiner eigenen Partei einer ständig wachsenden *Kritik* gegenüber. Seine Initiative für eine «Friedensmission» auf der *Commonwealth-Konferenz* und die Bildung einer Delegation, bestehend aus den Premierministern Großbritanniens, Nigerias, Trinidads und Ceylons sowie des Präsidenten von Ghana, dürfte angesichts der geringen Chancen, die einer solchen Aktion einzuräumen sind, nicht zuletzt innenpolitischen Motiven entsprungen sein. Wilsons Vorstoß zeigt jedoch, daß Großbritannien darauf drängt, das begrenzte Engagement Amerikas in Vietnam so rasch als möglich zu beenden und die Krise einer friedlichen Lösung entgegenzuführen.

Auf kommunistischer Seite sind freilich bis jetzt keine Anzeichen dafür vorhanden,

daß man bereit wäre, in *Verhandlungen* über eine Regelung des Konflikts einzutreten. Direkte Kontakte zwischen Washington und Hanoi endeten negativ; den Vietcong kann Amerika selbstverständlich nicht als Verhandlungspartner akzeptieren. Die Volksrepublik *China* ihrerseits hat das größte Interesse, den vietnamesischen Topf am Sieden zu behalten. Der Krieg in Vietnam bietet Peking — neben der Bindung immer stärkerer amerikanischer Streitkräfte — eine ganze Reihe zugkräftiger *propagandistischer Parolen*, die sich sowohl gegen die angeblich «imperialistische Aggression» der Amerikaner als auch innerhalb des Ostblocks in der *Auseinandersetzung mit Moskau* verwerten lassen. So war in den neuen Angriffen, die Mitte Juni in den offiziellen chinesischen Organen wie «Renmin Ribao» und «Hongqi» gegen die Sowjetunion geführt wurden, geradezu von einer sowjetisch-amerikanischen Kooperation in Vietnam die Rede — neben anderem wohl eine Reaktion auf die großsprecherischen Versicherungen der Russen, sie würden den Vietcong unterstützen, während bisher offensichtlich nur *minimale Hilfeleistungen* erfolgten.

Gefährlicher Neonationalismus

Die Verhärtung der Außenpolitik Washingtons ist nicht ohne Rückwirkungen auf Amerikas *europäische Verbündete* geblieben. Der Antagonismus zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten hat sich im letzten halben Jahr zusehends verschärft. Es ist schwer, Ursache und Wirkung sauber voneinander zu trennen. Zweifellos besteht eine Wechselwirkung zwischen de Gaulles Alleingängen und dem energischeren Verfechten der amerikanischen Anliegen, das sich in der ersten Phase der Administration Johnson abzeichnet. Man hat diese Wendung der amerikanischen Außenpolitik als *Neonationalismus* zu charakterisieren versucht. Das ist nicht abwegig und paßt ins allgemeine Bild der verstärkten Betonung nationaler Interessen, die gegenwärtig die internationale Politik bestimmt. Es wäre jedoch gefährlich, diese Tendenzen allzuweit treiben zu lassen. Der Westen kann es sich nicht leisten, in einer Periode nationaler Spannungen zurückzufal-

len. Frankreich wird nicht imstande sein, eine überzeugende Alternative zu der von den USA geführten westlichen Allianz zu schaffen. Vor allem für Amerikas wichtigsten Partner auf dem europäischen Kontinent, die *Bundesrepublik Deutschland*, gibt es keine Wahl zwischen Washington und Paris — das haben

auch die jüngsten Gespräche zwischen Bundeskanzler Erhard und Präsident de Gaulle in Bonn mit aller Deutlichkeit gezeigt. Die Sicherheitsgarantie des Westens liegt in seiner Einigkeit und Zusammenarbeit.

Fabius

EUROPA — VOM ATLANTIK ZUM URAL

Pariser Chronik

Seit La Rochefoucauld hat man es oft wiederholt: «Wer sich zu sehr mit kleinen Dingen beschäftigt, wird meist untauglich für die großen.» Dem französischen Staatschef wird man die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er, so wenig er sich von Natur aus bei zweitrangigen Fragen aufhält, um so eher bei den großen Angelegenheiten in seinem Element ist. Seine letzte Fernsehansprache, in der er die amerikanische Politik anklagte, unter dem Vorwand, sie bedrohe Frankreichs Unabhängigkeit, hat einen großen Teil der öffentlichen Meinung vor den Kopf gestoßen. Unsere englischen Freunde hat sie ebenfalls schokiert; in der *Times* (7. 5. 65) beklagten sie «eine so unfreundschaftliche Haltung innerhalb des Atlantikpaktes». Als Wortführer eines uneingeschränkten Nationalismus hat General de Gaulle sicherlich einem gewissen Nationalstolz geschmeichelt, er weckte jedoch auch Entrüstung und Beängstigung in weiteren Kreisen als jenen der üblichen Regimegegner. Läuft der Nationalismus, den er so gern heraufbeschwört, nicht Gefahr, in jenen Egoismus umzuschlagen, der die große Tatsache unserer Zeit leugnet: die wechselseitige Abhängigkeit der Länder der freien Welt sowie ihre unerläßliche Kohäsion? Eine solche Politik der Größe beunruhigt aufs lebhafteste alle, welche der Ansicht sind, von seinen traditionellen Bündnispartnern abgeschnitten, setze sich Frankreich, wenn es auf diesem Wege weitergehe, der Gefahr aus, bald eine «von Schwachheit umgebene Großmacht» zu sein.

Es ist bedauerlich, daß die amerikanisch-französische Freundschaft trotz aller herge-

brachten Floskeln, in denen der französische Staatschef ein Meister ist, die Kosten dieser Politik trägt. Zweifelsohne leugnet der General nicht die Solidarität der «Sechs», aber wir wissen, mit wieviel Reserve er sie nur duldet. So preist er denn heute «Europa vom Atlantik bis zum Ural», gestützt auf die Behauptung, die Gefahr einer kommunistischen Vorherrschaft bestehe nicht. Sogleich kommt uns ein Einwand in den Sinn. Rußland ist auf Grund seiner Bevölkerungszahl, seiner Ausdehnung, seines gewaltigen Energiereichtums, dank welchem es in der Kernforschung einen anerkannten Vorsprung gewinnen konnte, Europas mächtigste Nation. Wie kann man glauben, es werde auf dem Fuß der Gleichheit sich in eine europäische Gemeinschaft einfügen? Sagen wir ruhig: Europa vom Atlantik bis zum Ural ist dazu bestimmt, ein russisches Europa zu sein. Schon jetzt wird im Radio den «verehrten Zuhörern» erklärt, durch die Übernahme des französischen Farbfernsehens durch die Sowjetunion beginne eine neue politische Ära zwischen den beiden Völkern; die alte französisch-russische Freundschaft sei auf dem Punkte, wieder aufzublühen. Mehr braucht es nicht, um in Bonn Unruhe auszulösen. Die leitenden Köpfe der Bundesrepublik denken in der Tat, indem General de Gaulle sich gegen jede Form europäischer Integration sträube, die er den «überseeischen Beschützern» als untergeordnet bezeichnet, beraube er die Länder des Kontinents der Mittel, ihre Sicherheit gemeinsam zu gewährleisten.

Die Äußerungen des französischen Staatschefs zur Außenpolitik erfordern jedesmal

eine Interpretation, oder wenn man lieber will, eine Auslegung. Seine «in ein Geheimnis eingehüllten» Darlegungen, wie Churchill einmal sagte, fußen im allgemeinen auf der Doppeldeutigkeit. Indem er seine wirklichen Gedanken verhüllt, läßt de Gaulle jedoch eine gewisse Voreingenommenheit allen neuen, vom Westen seit zwanzig Jahren den Völkern der Welt vorgebrachten Gedanken gegenüber durchschimmern. Wie man weiß, steht insbesondere die UNO im Mittelpunkt seiner herben Kritik. Deshalb beschwört er auch Frankreich, sich nicht in einem integrierten Europa aufzulösen, dessen Verteidigung amerikanischem Schutz anheimgegeben wäre. Davon gilt es, sich zu befreien; der gaullistische Nationalismus setzt sich dafür ein. Eine Bemerkung drängt sich indessen auf. Seiner Konzeption gemäß soll die europäische Politik französisch sein. Mit einigem Unbehagen stellt man fest, daß diese Voraussetzung die notwendigen Einheitsbestrebungen lähmt und Frankreichs europäische Partner den Angelsachsen zuneigen läßt, von denen die Regierung sie doch fernhalten möchte.

Die nationale Unabhängigkeit

Abgesehen von Gromykos Anwesenheit in Paris motivierte kaum etwas diese antiamerikanischen Ausfälle. Der neue sowjetrussische Botschafter in Frankreich, Sorin, bringt den Ruhm mit, den Staatsstreich in Prag ausgeführt zu haben. Dies verleiht ihm in den Augen der kommunistischen Partei Frankreichs ein Ansehen, das er im gegebenen Moment geltend machen wird, um die Präsidentenwahl zu erleichtern. Der Nationalismus à la Charles Maurras, den de Gaulle augenblicklich vertritt, führt ihn dazu, Amerika als Gegner zu betrachten. Es ist viel verlangt, von den Franzosen zu erwarten, daß sie diese Ansicht billigen; man zweifelt daher, ob bei der Wahl zwischen den naturgegebenen Bündnissen oder den Ostabenteuern viele, ausgenommen die Moskauanhänger, für die letzteren sich entscheiden werden. Hier wird man uns erlauben, die unwiderrufbaren Worte anzuführen, die wir aus Léon Blums Mund in seinem Haus in Jouy-en-Josas, we-

nige Monate vor seinem Tod, vernahmen: «Solange die französische kommunistische Partei eine nationale Partei des Auslandes sein wird, so lange wird es keine französische Einheit geben.» Der alte Sozialistenführer, der während seiner Gefangenschaft in Deutschland über die Widersprüche der französischen Politik meditiert hatte, schien an seinem Lebensabend ein neues Ufer erreicht zu haben. Er schätzte damals, nicht ohne Wehmut, die Unvereinbarkeit der sozialistischen und der kommunistischen Partei in einer Demokratie wie Frankreich ab. Mit dem Eifer des Kämpfers am Ende seiner Laufbahn deckte er die Gefahr für das Land auf, wenn es sich zu seinem Unglück von den sowjetischen Techniken «aufschlucken» ließe, die seine Unabhängigkeit gefährden können.

François Mauriac, von dem man weiß, bis zu welchem Punkt er die offiziellen Absichten des Elysées widerspiegelt, entrüstete sich mehrmals über die Mißbilligung, die in Kreisen der Gemäßigten die Haltung der französischen Kommunisten erfährt. Wenig vor Chruschtschews erzwungener Abdankung schrieb er im *Figaro littéraire* (10. 12. 1964): «Schon ist es einige Zeit her, daß die friedliebenden kommunistischen Kleinbürger kein Messer mehr zwischen den Zähnen tragen. Ihr Schutzherr ist der biedere Chruschtschew, den wir gegenüber einem zu allem fähigen Kennedy haben nachgeben sehen, nicht etwa weil der gute Mann der schwächere, sondern weil er der klügere war. Rußland gehört zur Familie, hat ihr immer angehört. Ohne sie gibt es kein Europa. Das ist, so nehme ich an, im Grunde genommen de Gaulles Gedanke...»

Wenn es dem General gefällt, einen großen Löffel in die Hand zu nehmen, um mit dem Teufel zu speisen, wird es ihm niemand übelnehmen, doch ist es wahrscheinlich, daß er auf großen Widerstand stoßen wird, sollte er Frankreich endgültig von Amerika und dem wirklichen Europa loslösen wollen, um es dem Block der Oststaaten zuzuführen.

Es ist eine Tatsache, daß die Solidarität, die zur Bildung der europäischen Gemeinschaft und des Gemeinsamen Marktes führte, seit Frankreich sich von Amerika fernhält,

einen Tiefstand erreicht hat. Da die französischen und die amerikanischen Positionen unvereinbar sind, ist de Gaulle der Ansicht, Frankreich müsse sich von der Politik Washingtons distanzieren. Aus diesem Grunde schickte es keinen Vertreter an die letzte SEATO-Konferenz. Für eine große Zahl von Europäern bleibt die Notwendigkeit einer Verbindung Europas mit den USA offenkundig: die führenden Politiker der Bundesrepublik sind davon nicht weniger überzeugt als die andern. Es war kein Zufall, daß der deutsche Verteidigungsminister von Hassel vor seiner Abreise nach Washington bemerkte, außerhalb der NATO gebe es für Deutschland kein Heil.

Die gegenwärtige Entwicklung der französischen Politik führt zu dem Paradox, daß Deutschland und Frankreich, verbunden durch ein Abkommen, zu dem sich die öffentliche Meinung beider Länder beglückwünschte, ihre Militärpolitik so verschieden ausrichten, daß der eine seine Bande mit den USA verstärkt, der andere sie hingegen verringert. Die Verteidigung der freien Welt zwingt jedoch die Europäer, sich mit Amerika zu verbünden. Es ist zu befürchten, und nur widerstrebend schreiben wir es, daß gewisse Deutsche, enttäuscht über die Schwankungen der französischen Politik, versucht sind, ihrerseits die Gunst Rußlands zu erringen. Am Tage, da Adenauer endgültig die deutsche politische Bühne verläßt, besteht die Gefahr, daß die Anhänger einer Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland ihre Stunde kommen sehen. Es wäre nicht das erste Mal, daß ein solcher Theatercoup sich ereignete; es ist ja bekannt, daß die deutsch-russischen Kontakte auf keiner Seite ganz zum Erliegen kamen. Rapallo bleibt unvergessen. Es wäre klug, vorzusehen, daß es im gegebenen Moment an Ermutigungen nicht fehlen wird, die Bundesrepublik auf diese Bahn zu drängen.

Bis zum Beweis des Gegenteils zielt die Politik General de Gaulles auf die Schaffung eines von Amerika wie von Rußland unabhängigen Europas. Damit es jedoch zu diesem Europa gelangt, muß Deutschland daran teilnehmen. Als er der Bitte Bundeskanzler Erhards nachkam und seine Reise nach Bonn

um einen Monat vorverlegte, gab er einen deutlichen Beweis guten Willens. Er wollte damit die Unruhe der Bundesregierung beschwichtigen, die jede Annäherung Frankreichs an die Sowjetunion mit Mißtrauen verfolgt. Es bleibt die Frage, ob es ihm gelingen wird, sie auf die Dauer zu überzeugen.

Die beiden Kongo

Seit dem recht mysteriösen Entweichen des ehemaligen Präsidenten Youlou, den das kommunistische Regime von Brazzaville zwei Jahre gefangen hielt, ohne ihn abzuurteilen, hat in Léopoldville Moïse Tschombe seine Lage sehr gefestigt. Der große Erfolg, den er im Mai durch die Aufnahme in die «Gemeinsame Organisation Afrikas und Madagaskars» (OCAM) errang, die Hilfsversprechen, die er hernach von den elf in Abidjan versammelten afrikanischen Staatshäuptern erhielt, weisen auf eine wirksame Umgruppierung des französischsprachigen Afrikas hin, das einer chinesischen und russischen Durchsetzung entschieden feindlich ist. Es ist anzunehmen, daß diese Staaten der rechtmäßigen Regierung von Léopoldville eine starke diplomatische, technische und militärische Unterstützung gewähren, die das Ansehen des kongolesischen Führers, der bisher seitens Ländern wie Guinea und Ghana in Quarantäne gehalten wurde, beträchtlich erhöhen wird. Das Protestgeschrei, das von ihrer Seite vernehmbar wird, ändert nichts daran, daß der gestern verhöhnte Tschombe zu einer wesentlichen Stütze der Verteidigung des ehemals französischen Afrikas geworden ist.

Die kongolesische Nationalarmee hat die meisten der Aufständischen verbliebenen Dörfer zurückerobert. Wenn die Rebellion auch noch nicht völlig unter Kontrolle gebracht wurde, kann man doch sagen, daß sie schwer angeschlagen ist. Während Washington und Brüssel Tschombe massive Hilfe gewähren, scheinen Ben Bella und Nasser weniger entschlossen, die Rebellen zu unterstützen. Bedeutet das, die beiden Kongo seien im Begriff, sich zu versöhnen? Um dies zu vermuten, muß man freilich von vielfältigen äußeren Einflüssen absehen, die nach wie

vor die gegnerischen Leidenschaften anfa-
chen.

Die Gegenwart chinesischer Kommuni-
sten in Burundi und Brazzaville, das Ein-
treffen südafrikanischer Piloten in Léopold-
ville, Amerikas sehr wirksame Unterstützung
für Tschombe verschärfen die Kontroverse
von einer Seite des Flusses zur andern.
Tschombe ist sich dieses Tatbestandes be-
wußt, wenn er die umstürzlerischen Banden
anklagt, die sich in der Umgebung von Fort
Rousset im Urwald trainieren. Trotz
strengster Überwachung durch die jugend-
liche Revolutionsmiliz gehen in Brazzaville
Aufrufe in der lokalen Sprache um, welche
die Bevölkerung zum Umsturz des bestehen-
den Regimes auffordern. Tatsache ist, daß
Fulbert Youlous Flucht bei all jenen Zuver-
sicht weckte, die ihre Hoffnung in eine Ge-
genrevolution setzen und den Kopf heben in
der Überzeugung, die Stunde der Entschei-
dung sei nicht mehr fern.

Wird sie jedoch wirklich kommen? Wir
wollen uns an die bekannten Ereignisse hal-
ten: Im Mai vorigen Jahres floh ein gewisser
Tung-Tschi-Ping aus der Volkschinesischen
Botschaft in Bujumbura, der Hauptstadt von
Burundi, und bat in den USA um Asyl. Von
ihm erfuhr man, welches die Beschäftigung
der sogenannten chinesischen Diplomaten in
Schwarzafrika ist, vornehmlich in Burundi,
das von Peking als Ausgangspunkt der chi-
nesischen Durchsetzung dieses Teils von
Ostafrika ausersehen ist. Allem Anschein
nach sollte dort ein neues Kuba geschaffen
werden, während Waffen aus Algier und
Kairo über Khartum nach Bujumbura ge-
schleust werden, von wo sie in die Hände
von Partisanen gelangen. Vor allem kommt
es den Pekinger Anführern darauf an, über
ein sicheres, dem Kommunismus voll und
ganz ergebene Land zu verfügen, das ent-
schlossen ist, ihnen gegebenenfalls auf dem
afrikanischen Kontinent Beistand zu leisten.

Nach der Ermordung von Pierre Ngen-
dandumwe, dem Premierminister von Bu-
rundi, beschloß der Staatschef dieses Landes,
die diplomatischen Beziehungen mit Peking
abzubrechen und unverzüglich alle angebli-
chen chinesischen Diplomaten auszuweisen.
Beschlagnahmte Dokumente enthüllten un-

widerleglich, welcher subversiven Tätigkeit
sie sich hingaben. Zum ersten Male erkannte
ein kleiner, unentwickelter Staat Schwarz-
afrikas die Gefahr, die die Gegenwart chi-
nesischer Agenten auf seinem Boden bildete
und wagte es, ihr verbrecherisches Treiben
aufzudecken. Das Beispiel Burundis alar-
mierte die Weltöffentlichkeit und wird für
ganz Afrika von großer Bedeutung sein. In
Westafrika fanden die Anklagen gegen Pe-
king Widerhall, vorab in Abidjan, wo Prä-
sident Houphouët-Boigny schon mehrmals
die Aufmerksamkeit seiner afrikanischen
Kollegen auf die Gefahr der chinesischen
kommunistischen Durchdringung gelenkt
hatte. Der Weise der Elfenbeinküste, wie er
genannt wird, weiß in der Tat über die chi-
nesischen Absichten in Afrika Bescheid. Sein
Freimut ist bekannt und ebenso seine Abnei-
gung gegen Wortklauberei. So war man
denn nicht erstaunt, daß er kürzlich in Abi-
djan erklärte: «In Nanking lernen Afrikaner
diejenigen umzubringen, die vor der chine-
sischen Gefahr die Augen offen haben, um
an ihre Stelle Lakaien zu setzen, die China
Afrikas Tore öffnen würden. Was der Kolo-
nisation nicht gelungen ist — die afrikanische
Seele zu töten — werden diese es den
Chinesen erlauben? Das wäre eine Fehlrech-
nung, denn mit Hilfe unseres Reichtums
werden sie eines Tages wie eine Woge über
Afrika hinwegstürzen und unserer werden
sie sich bedienen, um die alte Welt anzugrei-
fen.

Ich wünsche, die Ereignisse geben mir
Unrecht. Doch in Ghana, in Brazzaville,
Léopoldville und in Burundi ist China am
Werk, beharrlich und schlau. Es sucht unsere
Wachsamkeit zu täuschen und uns gegen-
einander auszuspielen.»

Niemals hat unseres Wissens ein afrika-
nischer Staatschef sich so kraftvoll über die
chinesische Gefahr in Afrika ausgelassen.
Seine Äußerungen, die in Paris, weil gewis-
sen Gegebenheiten der offiziellen Politik zu-
widerlaufend, als übertrieben beurteilt wur-
den, fanden dennoch beim Präsidenten der
Republik Nigeria, Diori Hamani, Anklang.
Man erinnert sich, daß dieses Land im Süden
der Sahara im letzten Oktober von blutigen
Unruhen heimgesucht wurde, angestiftet von

im Solde Chinas stehenden Extremisten. Der nigerische Staatsmann drückte sich diesbezüglich folgendermaßen aus: «Der Angriff der Stoßtruppe der Opposition wurde geplant, finanziert und geleitet von Peking. Die dabei verwendeten Waffen wurden mit chinesischem Geld aus Banken in Brüssel, Accra und Genf bezahlt.»

Man versteht nun, weshalb Tschu En-lai, der Pekinger Außenminister, letztes Jahr am Ende seiner Afrikareise erklärte: «Ich bin mit meiner Reise sehr zufrieden. Die revolutionäre Lage in Schwarzafrika ist ausgezeichnet.» Die Zukunft wird uns darüber aufklären, wie weit diese Prognose begründet war. Es ist gut, daß inzwischen mehrere farbige Republiken sich der drohenden Gefahr bewußt wurden. Zu wünschen ist, daß sie den andern als Beispiel dienen.

Die Alliierten und die chinesische Bombe

Im gleichen Augenblick, da Bundeskanzler Erhard in Bonn erklärte: «Für uns stellen Europa und der Atlantikpakt nicht zwei verschiedene Einheiten, sondern ein untrennbares Ganzes dar», explodierte die zweite chinesische Bombe in der Wüste von Sinkiang und konsternierte die Angelsachsen, vor allem die politischen Kreise Englands. In Washington hingegen scheinen die Schlußfolgerungen der Sachverständigen eher beruhigender Art zu sein, damit die öffentliche Meinung gestärkt wird, die entschlossen ist, vor der Aussicht eines atomaren Pekinger Überfalls auf Amerika ruhig Blut zu bewahren. Will man den offiziellen Kommentatoren Glauben schenken, so ist das Gleichgewicht der Atomkräfte durch die chinesische Explosion nicht gestört worden. Von da bis zur Schaffung eines Atomarsenals sei es noch ein weiter Weg, bemerkt man in Washington. Zweifelsohne bedarf es noch vieler Jahre, bis China eine Atomwaffe besitzt, die Amerika beunruhigen könnte. Doch kann nach dieser Explosion nicht mehr daran gezweifelt werden, daß China alle Anstrengungen unternimmt, eine Atomkraft zu werden. Es ist auch wahrscheinlich, daß es binnen kurzem imstande sein wird, eine thermonukleare Bombe mit Uranium 235 zu

zünden. Die französischen Experten neigen zur Annahme, China könne vor 1970 «ballistische Raketen mittlerer Reichweite» besitzen. Hier ist der Moment, sich daran zu erinnern, daß Peking am Anfang für alle Forschungsarbeiten russische Unterstützung genoß, die ihm erst 1960 entzogen wurde, als China, von der Sowjetunion im Stich gelassen, sein Atomprogramm allein weiterentwickeln mußte. Man hätte erwarten können, daß es sich mit fortschreitenden Ergebnissen die Sympathien der kommunistischen Parteien der Welt erwerben würde, vorab derjenigen der afrikanischen Staaten, die dem Kommunismus ergeben oder ihm doch zugehört sind. Der Streit zwischen Guinea und Rußland, der chinesisch-russische Konflikt, das Ende des algerischen Krieges und schließlich Frankreichs Anerkennung des Pekinger Regimes haben Mao Tse-tung dahin geführt, die bisherigen Infiltrationsmethoden zu ändern und sie durch ein hauptsächlich politisches Vorgehen zu ergänzen. Es mag ein Paradox sein, aber die chinesische Bombe entspricht dieser psychologischen Berechnung, indem sie Pekings Prestige in der Welt verstärkt.

In Paris rief die Explosion nur ein mäßiges Interesse hervor. Die informierten Kreise sehen darin vor allem den Beweis, daß das kommunistische China auf diesem Gebiet nicht müßig bleibt. Einige bringen diese Reaktion in Zusammenhang mit dem französischen Verhalten im Sicherheitsrat anläßlich der Diskussion der dominikanischen Frage, als der französische Vertreter auf Anordnung seiner Regierung sich auf die Seite der Sowjets stellte, als wären die Amerikaner und Engländer nicht mehr die Verbündeten Frankreichs.

Trotz der Einschränkungen, die man hier in gewissen Kreisen, angesichts der abrupten Politik Präsident Johnsons, macht, fragt sich die Öffentlichkeit praktisch einstimmig: Kann ein Lagerwechsel für Frankreich tatsächlich in Frage kommen? Die Antworten auf diese Frage ließen immer eine Doppeldeutigkeit bestehen, die eine beunruhigende Form angenommen hat. Niemand kann daran zweifeln, daß der Kommunismus heute die einzige Gefahr für alle westlichen Staaten

ist, stellt er doch die grundlegenden Freiheiten des alten Europas in Frage. Es kann dem internationalen Kommunismus zweifellos von Nutzen sein, sich Frankreichs in der heutigen Stunde zu bedienen, um das Spiel der westlichen Mächte zu stören, doch weigert man sich zu glauben, eine französische Regierung könne frohen Herzens einen so gefährlichen Weg einschlagen. Befremdlich ist nur, daß diese Selbstverständlichkeit nur einem Teil der Öffentlichkeit auffällt, während der andere, vom Mythos des sich nie irrenden Übermenschen geblendet, ohne an die Folgen zu denken, eine Entscheidung bejaht, die man zumindest als gewagt bezeichnen muß.

Trotz aller Angebereien, die einige Amerika anzukreiden lieben, während sie in Wirklichkeit nur der kommunistischen Propaganda nachgeben, kann man San Domingo mit Kuba gut erklären. Gewiß ist Juan Bosch kein Kommunist, aber Castro war es am Anfang auch nicht. Trotzdem haben beide eine kommunistische Durchsetzung des Staatsapparates geduldet. Kommunismus heißt jedoch — und das ist jetzt der großen Mehrheit der Amerikaner klar geworden — nicht nur Unterdrückung und Elend, sondern auch Gegenwart der Sowjets, erzwungene Einreihung in die politische und militärische Front Sowjetrußlands gegen Ame-

rika. In San Domingo wie in Vietnam haben die Amerikaner gezeigt, daß sie sich nicht mehr länger verhöhnen lassen, selbst wenn sie dabei einen Teil der Weltöffentlichkeit, ja gewisse kapitalistische Kreise Europas, gegen sich einnehmen sollten. Deshalb zeigten sie, daß sie den Krieg nicht fürchten und imstande sind, ihn mutig zu führen. Dabei nehmen sie die Gefahr auf sich, die Gutmütigkeit, die sie so lange zur Schau trugen, zu verlieren, ebenso wie den Ruf des Friedensverteidigers. Doch muß man ihnen für ihren Entschluß dankbar sein, den Westen einmal mehr zu verteidigen, wie sie es 1947 in der Türkei und in Griechenland, 1948 bei der Berliner Blockade, 1952 in Korea und 1962 in Kuba schon getan haben. Täuschen wir uns nicht: diese ihre Bereitschaft stärkt das Ansehen der USA auch in den Entwicklungsländern, wo trotz Zornausbrüchen das Prestige des Westens dadurch gestützt wird. Man möchte mit Paul Reynaud, dem verehrungswürdigen Nestor der Demokratie, annehmen, daß die Kraft der Tatsachen Frankreichs Außenpolitik wieder in die normale Richtung lenken wird, das heißt zu seinen naturgegebenen Bündnissen, deren wesentlicher Bestandteil in den Augen vieler Franzosen Amerika ist und bleibt.

Jean de Saint-Chamant

DIE PROBLEME AFRIKAS

In Herrenalb bei Karlsruhe tagte unter dem Vorsitz von Dr. Schomerus der seit 1947 bestehende *Freundeskreis der Evangelischen Akademie Baden*. Das Thema der Referate und Gespräche bildete Afrika, und zwar Afrika in seinem Bezug zum Christ sein wollenden Abendländer, war es doch von Anfang an das Bestreben der bei Kriegsende ins Leben gerufenen Evangelischen Akademien (die erste entstand 1945 in Boll), von der christlichen Existenz aus die Antworten auf die praktischen Fragen des Lebens zu finden, das von neuem als Ganzheit erfahren wurde. Während in ähnlichen Bestrebungen bei uns (Boldern) das Gespräch zur Hauptsache auf

beruflicher Ebene stattfindet, sucht die Evangelische Akademie Baden neben rein «ständischen» Tagungen (Tagungen mit Bauern, Bediensteten der Bundespost, Zollbeamten und so weiter) Kontakt mit den allgemeinen Problemen der Zeit, streckt sie als «Randerscheinung der Kirche» die Fühler nach der gesamten aktuellen Wirklichkeit aus und veranstaltet Tagungen über so verschiedenartige Aspekte wie Biologie, Geburtenkontrolle, literarischen Avantgardismus, Verstädterung. . . Es fanden 1964 66 Tagungen statt, die von 3500 Teilnehmern bei einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 52 besucht wurden; davon waren 42% Erstteilnehmer.

Der Sorge um eine gewisse Überalterung kann sich der Freundeskreis dennoch nicht erwehren.

Das Niveau der Afrikavorträge war erfreulich hoch. Es sprachen der Präsident der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft, Konsul Pickert, über «Südafrikanische Probleme», Legationsrat Franz Ellis vom Auswärtigen Amt über «Afrikanische Probleme» und Professor Ernst Dammann (Dozent für Religionsgeschichte und afrikanische Sprachen in Marburg) über «Afrika im ökumenischen Horizont». Konsul Pickert (Düsseldorf) betonte in seinen Ausführungen über Südafrika, in deren Mitte er das Versuchsgelände für die Politik der getrennten Entwicklung, die Transkei, stellte, das Lebensrecht der weißen Afrikaner Südafrikas angesichts des Machtanspruchs der Panafrikaner und einer als «humanistische Gesinnung ohne humanistische Verantwortung» gekennzeichneten Haltung, die sich den Umsturz des Bestehenden zum Ziel setzt. Das Experiment der getrennten Entwicklung steht und fällt mit dem Versuch, den schwarzen Menschen zu entwickeln, das heißt, ihn ökonomisch denken und handeln zu lehren. «An der Erziehung der afrikanischen Menschen liegt alles»; sie bildet den Schlüssel zum landwirtschaftlichen und industriellen Fortschritt in den sieben geplanten Bantustans. Der Referent schloß mit einem Bekenntnis zur «Einmaligkeit» der südafrikanischen Problematik. Zwei wesentliche Besonderheiten traten aber zu wenig deutlich in Erscheinung: die Problematik des Stadtafrikaners in einem auf Apartheid gegründeten Gemeinwesen und der Umweltfaktor Afrika, der die an sich einander «unendlich fremden» Nationen Südafrikas zusammenhält und zu weißen, schwarzen und braunen Afrikanern machte. Die Diskussion blieb von Klischeedenken (Mischlinge «charakterlich minderwertig» und anderes mehr) nicht immer frei.

Legationsrat F. Ellis skizzierte die Geschehnisse in Afrika in der unmittelbaren Vergangenheit. Seine auf mehrjähriger diplomatischer Tätigkeit in Kamerun beruhende Einstellung zum politischen Phänomen Afrika gleicht einem Kräfteparallelogramm, dessen Schmalseite vom Gefaßtsein auf

Überraschungen und einer Dauerbereitschaft zur Adaptation bestimmt ist, während die Längsseite auf einem grundsätzlichen Vertrauen zu den Menschen Afrikas, zu ihrem politischen Urteilsvermögen und ihrem Streben nach einer im afrikanischen Sinne freiheitlichen Entwicklung fußt. Die jüngsten Vorgänge in Afrika, namentlich seit der Konferenz von Nouakchott im Februar dieses Jahres, zeigen den Erfolg der bisher stillschweigend geduldeten Gemäßigten gegenüber der Politik der Radikalen. Mit Gegenschlägen von radikaler Seite, mit dem Versuch des Ostens, verlorenes Gelände wiederzugewinnen, muß gerechnet werden. — Als die im afrikanischen Raum südlich der Sahara vordringlichen aktuellen Probleme für die deutsche Außenpolitik gelten das Verhältnis zu Tansania und zu Südafrika. Das zufolge der Anerkennung der diplomatischen Vertretung Ostdeutschlands in Dar-es-Salaam abgebrochene Entwicklungsprogramm der Bundesregierung für Tansania kann wieder aufgenommen werden, sobald Tansania seine Haltung ändert. Weit dornenvoller sieht der südafrikanische Fragenkomplex einschließlich Südwestafrikas und Südrhodesiens aus. Einerseits weiß sich die Bundesregierung an die Grundgesetzworschrift von der «Gleichheit der Rassen» gebunden und hält man die Stellungnahme zur südafrikanischen Apartheid für entscheidend in bezug auf das Verhältnis zur afro-asiatischen Welt schlechthin; andererseits fühlt man sich Südafrika gegenüber durch die Geschichte verbunden und in mancher Hinsicht zu Dank verpflichtet. In der Diskussion und im Einzelgespräch mit Teilnehmern der Tagung kam einem die Verwickeltheit des deutschen Verhältnisses zum schwarzen und zum weißen Afrika noch stärker zum Bewußtsein. Das Odium der Hitlerzeit lastet nach wie vor auf der deutschen Außenpolitik, auch Afrika gegenüber. Quod licet Jovi non licet bovi. Was de Gaulle tut, glaubt der Deutsche sich nicht leisten zu können. Man möchte Südafrika gegenüber eine vor der Welt in jeder Beziehung verfechtbare Politik, eine «saubere Politik ohne trügerische Kniffe», treiben, da man befürchtet, sonst in die schwierigsten Komplikationen hineinzugeraten.

Zwischen der Darstellung der «südafrikanischen Probleme» aus der Sicht der Apartheid — gleiche Rechte für alle in getrennten Entwicklungsräumen — und der von der außenpolitischen Praxis abgeleiteten Sicht der «afrikanischen Probleme» — Rücksicht auf die Grundgesetzbestimmung von der Rassengleichheit — klafft ein scheinbar unüberbrückbarer Widerspruch. Die Brücke würde das Wissen um das alle Afrikaner, Schwarz, Weiß und Braun, umschließende Band sein, das Afrika bildet, das Wissen um die Tatsache, daß die weißen Südafrikaner eine afrikanische Nation sind, die, auch was die Staatsverfassung anbelangt (die afrikanische Demokratie schließt das Herrschafts- und Einstimmigkeitsprinzip mit ein), nach afrikanischem Maßstab gemessen sein will. Aber diese Einsicht fehlt den Europäern nicht weniger als den Afrikanern außerhalb Südafrikas. Die Afrikaner innerhalb Südafrikas wissen darum noch am ehesten Bescheid. Und es fehlt den Europäern allgemein der Mut, den Afroasiaten zu sagen, wem sie, als ihren Freunden, gegen äußere Machtansprüche beizustehen bereit sind.

Der aus Schleswig-Holstein gebürtige Prof. Ernst Dammann umriß den innerafrikanischen und den außerafrikanischen «ökumenischen Horizont», wobei er als «ökumenisch» definierte «alles, was sich auf die ganze Aufgabe der ganzen Kirche bezieht». Im innerafrikanischen Bereich befolgt die Ökumene die Politik der kleinen Schritte; sie fördert zum Beispiel interkonfessionelle Bibelübersetzungen, die Produktion christlicher Literatur, Zusammenschlüsse konfessionsähnlicher Kirchen, ja sogar Ansätze zu

konfessionsverschiedenen Zusammenschlüssen. Echte Ökumene aber setzt eine feste eigene Position voraus: «Ökumene, die nur durch Subtraktion zustandekommt, ist ein kümmerlicher kirchlicher Einheitsbrei.» Die Verbundenheit der afrikanischen Christen mit ihren «Vätern» (den missionierenden Mutterkirchen in Europa) stellt eine den Europäern zu wenig bewußte Tatsache dar. (Vor wenigen Jahren überbrachte der Dschaggahauptling im vollen Häuptlingsornat den «Vätern» in Wassertrüdingen, Bayern, die Grüße der afrikanischen Tochtergemeinde.) Unser geistliches Kapital in Afrika ist größer als man ahnt. Man soll die Ökumene ohne Treibhausluft wachsen lassen. Das natürliche Verhältnis zwischen afrikanischen und europäischen Kirchen besteht in einem Geben und Nehmen. Europa hat Afrika zu geben: eine «handfeste Lehre», ein vermehrtes Verständnis für den heilsgeschichtlichen Zusammenhang und den Sinn für wahre Kritik. Die afrikanischen Christen haben uns zu geben: eine größere Unmittelbarkeit des Christuserlebnisses, das Bewußtsein des Engagements, der Mitmenschlichkeit als Folge der Christuswirklichkeit, und den emotionalen Faktor im Gottesdienst (Freude, Tanz, Trommel...), nicht zur Nachahmung, sondern im Sinne einer Anregung.

Und die Schlußbilanz der Tagung in Herrenalb? Aus all dem Gesagten läßt sich die Notwendigkeit ableiten, mit den Afrikanern dauernd im Gespräch zu bleiben, und es gelangt die Hoffnung, ja die Gewißheit zum Ausdruck, daß ein solches Gespräch gute Früchte tragen kann.

Peter Sulzer

LA FÊTE DES CADETS

Lettre de Suisse romande

L'administration des postes fédérales vient très opportunément nous rappeler que l'année que nous vivons est une année d'anniversaires. Les trois cadets de la famille helvétique fêtent ensemble le cent-cinquantième anniversaire de leur naissance.

A peine a-t-on écrit cette phrase toute conforme à la vérité, semble-t-il, qu'on voudrait la reprendre. D'abord, parce que ces trumeaux ne se sont point accordés pour rappeler un souvenir qui leur est cher. Genève, la première, organisa des manifesta-

tions assez grandioses au printemps 1964 déjà. Cette hâte se justifiait pleinement. En effet, c'est bien le 1er juin 1814 que des troupes de Soleure et de Fribourg débarquèrent au Port Noir, au nom de la Confédération suisse, assurant ainsi l'indépendance de la jeune république. S'il est vrai que l'acte de réunion de Genève à la Suisse fut bien signé le 19 mai de l'année suivante, à Zurich, il n'en reste pas moins que les citoyens du bout du lac peuvent se considérer membres de l'alliance dès le moment où ils acclament sur leur rivage la petite armée envoyée par le gouvernement fédéral pour les prendre sous sa bienveillante protection.

Du reste, il est bien plus spectaculaire de rappeler un débarquement de troupes que la signature d'un traité.

Et Genève, dont on ne cesse pourtant de dire qu'elle est devenue une ville internationale, mit tout son cœur dans des festivités chaleureuses qui attestèrent de manière indubitable l'attachement d'un peuple à la petite patrie helvétique.

Il semble que les Neuchâtelois aient été plus hésitants. C'est que leur histoire des années 1814/15 est assez confuse. Le 24 décembre de 1813, un général autrichien, Scheither, était entré dans la ville que le général Lespérut, représentant du Prince Berthier, venait de quitter. Qu'allait-on devenir? De nombreux Neuchâtelois, et non des moindres, gardaient la nostalgie du bon temps où le pays appartenait à la Prusse; d'autres pensaient que le moment était venu d'entrer dans l'alliance fédérale. Les premiers furent plus prompts à saisir l'événement aux cheveux. Une délégation s'en alla vers le roi qui s'empressa d'acquiescer à sa demande. Ainsi, la principauté redevenait prussienne...

Mais le roi n'était point sot: il comprit que Neuchâtel ne pouvait poursuivre sa destinée sans se lier aussi à la Confédération. Les démarches qu'il entreprit dans ce sens auprès des cantons ne furent point accueillies partout avec des transports de joie; néanmoins, le 12 septembre 1814, la Diète fit de Neuchâtel le vingt-et-unième canton suisse; le 19 mai de l'année suivante, la décision était ratifiée à Zurich, dans la séance même où

l'on ratifiait l'accession de Genève dans la Confédération.

Neuchâtel a fêté l'automne dernier le souvenir de son entrée dans l'alliance. On chanta une cantate de belle venue. Est-ce seulement une impression: le peuple nous sembla moins enthousiaste que celui de Genève. Mais il est vrai que le tempérament neuchâtelois passe pour assez froid, tandis que Genève se défoule avec une passion déjà méditerranéenne.

Le Valais sera donc seul, cette année, à célébrer ce cent-cinquantième. Il aura pris son temps. Lui aussi avait été occupé par la France napoléonienne; il était devenu même un Département français, le Département du Simplon, le cent-trentième et dernier du vaste Empire, en 1810. Lui aussi, fin 1813, avait été occupé par des troupes autrichiennes. On voit encore, devant l'arsenal de Sion, trois petits canons, cadeaux du colonel Simbschen qui représentait les puissances alliées dans la haute vallée du Rhône.

Le peuple valaisan était, dans sa grande majorité, désireux de se joindre à la Confédération suisse. Bien que l'histoire du Valais, jusqu'en 1798, soit distincte de l'histoire des cantons helvétiques, les relations avec eux (ou certains d'entre eux) dataient de loin. Des traités d'amitié avaient été signés, au XIVe siècle déjà, entre des communes du Haut-Valais et les gens d'Uri. Des troupes valaisannes et confédérées avaient combattu, à plus d'une reprise, côte à côte, dans l'Osola. Schiner, notre cardinal, prit part à maintes diètes fédérales, tant en sa qualité d'évêque de Sion, comte et préfet du pays, qu'en sa qualité de légat pontifical. Dans les affaires d'Italie, celles du début du XVIe siècle, il fut l'âme et le chef de la coalition papale dans laquelle se trouvaient engagés les contingents des cantons suisses. Plus tard, durant les querelles religieuses, des délégations des cantons catholiques furent reçues à Sion et des traités signés. Il est souhaitable qu'à l'occasion, précisément, de ce cent-cinquantième anniversaire l'histoire soit écrite de nos relations avec la Suisse avant notre entrée dans l'alliance.

Et néanmoins, il faut bien le reconnaître, le Valais, au cours des siècles, était resté un pays à part. Sa topographie ne l'engageait

guère à lier son sort au sort d'autres pays. Fermé de toutes parts dans ses montagnes, coupé du Nord par les Alpes bernoises, du Sud, par la chaîne valaisanne, mal relié aux Grisons par le plus haut chemin alpin, la Furka, presque détaché de Vaud et de la Savoie par l'étranglement de Saint-Maurice, il se sentait condamné à une destinée pleinement particulière; il la vécut.

Sans remonter jusqu'à la nuit des temps, il faut remarquer l'absence des Celtes de la vallée du Rhône dans les migrations helvètes de Divicon. Les Séduni, les Véragres, les Vibères restent chez eux, fixés à leurs montagnes. Durant la période romaine, la Vallée est rattachée à la Province rhétienne, non à l'Helvétie qui compte Avenches pour capitale. Notre rôle semble être celui de gardiens des cols. Le Saint-Bernard et le Simplon conditionnent notre histoire.

La civilisation post-romaine s'organise autour de l'évêque. Le premier, Théodore, groupe à Octodure les quelques éléments d'une administration commençante. Quand Héliodore s'installa sur le rocher de Valère, vers la fin du VI^e siècle, Sion devient capitale parce que le prince de l'Eglise est seul capable de faire entendre sa voix dans un pays tourmenté. Et c'est à l'évêque Hugues que le roi de Bourgogne Rodolphe III, le dernier de la lignée, remet le comté du Valais, en 999, faisant ainsi, de droit, du prince spirituel, un prince temporel.

«Comte et Préfet du Pays», telle est la carte de visite de nos évêques, à partir du XI^e siècle. Le plus vieil évêché de Suisse est ainsi, pareillement, l'un des plus anciens «états», s'il est permis d'appeler *état* ce qui n'était encore, dans la confusion des temps, qu'éléments d'une nation à venir.

Mais enfin, la Vallée se confond déjà, en gros, avec le territoire d'une petite nation. On voit bien comme elle se défend contre les ambitions savoyardes. Pas toujours à son avantage, il est vrai, car ce pays est trop fragmenté, trop pauvre aussi, pour opposer aux successeurs d'Humbert aux Blanches Mains, devenus puissants et riches, une armée capable de défendre son indépendance. Pendant plus d'un siècle, des évêques de Savoie siègèrent sur le trône épiscopal de Sion.

En 1475, un Valaisan, Walter Supersaxo, étant évêque, les patriotes relèvent la tête. Ils bousculent les Savoyards, les poursuivent jusqu'à Saint-Maurice; quelques années plus tard, ils s'ouvrent un chemin jusqu'au lac; puis, parallèlement aux Bernois qui s'emparent du Pays de Vaud, nos ancêtres entrent profondément en Savoie. Pour se retirer ensuite jusqu'à la rivière de Saint-Gingolphe où passe encore notre frontière avec la France.

Hélas! La coutume était déjà aux colonies. Le Bas-Valais, à des degrés divers, appartient au Valais oriental. La région qui va de la Morges à Saint-Maurice dépendit, d'une manière ou de l'autre, de l'évêque ou de son Chapitre; Saint-Maurice et Monthey formèrent deux bailliages gérés par des représentants de la Diète.

Car le Valais était devenu, comme la Suisse, une petite confédération. Sept dizains (districts) s'étaient alliés pour défendre leurs intérêts, et le premier de leurs intérêts: leur indépendance. Contre le chef du diocèse, d'abord, contre ce Comte et Préfet du Pays que l'on voulait renvoyer à ses seuls droits spirituels. La lutte des Patriotes contre le pouvoir épiscopal fut longue, âpre, tortueuse, sanglante. A partir du XVIII^e siècle, le pouvoir temporel des évêques avait passé, presque entièrement, entre les mains d'un pouvoir civil.

Les représentants des Sept dizains se réunissaient en diète, deux fois l'an, comme les représentants des cantons suisses. Un Grand Bailli présidait ces assemblées démocratiques et les décisions se prenaient à la majorité. Les diètes nommaient les administrateurs des deux bailliages bas-valaisans.

Ainsi alla-t-on, à travers des fortunes diverses, jusqu'à la Révolution française. Ce n'est guère le lieu de rappeler les violentes querelles qui éclatèrent, au XVI^e siècle, entre un Schiner, génie politique d'une envergure européenne, et le condottière Georges Supersaxo, ni d'évoquer les tentatives d'implantation de la Réforme à Sion... L'histoire du Valais est rude comme la nature elle-même, presque aussi compliquée que l'histoire des Grisons à laquelle elle ressemble.

La Révolution française fit du Valais, pour la première fois, un pays helvétique. Il

fut associé à la République une et indivisible. Y engagea-t-il son cœur? C'est difficile à dire. Si nos ancêtres étaient heureux d'être Suisses, ils ne l'étaient certainement pas d'être « protégés » par la France. Deux fois, en effet, les patriotes prirent les armes contre les Français; deux fois, ils furent vaincus. Il fallait bien se soumettre.

Du reste, dès 1802, Bonaparte détachait le Valais de l'Helvétique parce qu'il avait besoin de ce couloir pour communiquer librement avec la capitale de la Cisalpine, Milan. République devenue « indépendante », le Valais, en fait, sentait peser sur lui la main lourde du conquérant. Et, en 1810, comme on le rappelait plus haut, il avait été, purement et simplement, déclaré Département français.

On comprend donc qu'en 1814 il ait éprouvé un soulagement immense à recouvrer une liberté qu'il avait acquise, lentement, au cours des siècles. Mais cette liberté, les magistrats du début du XIXe siècle comprenaient bien qu'ils ne pouvaient plus l'assumer dans leur solitude vouée à la misère. Leurs regards se tournent donc, comme les regards des paysans du XVe siècle, vers ces cantons du Nord qui ont eu une destinée si pareille à la nôtre, conquérant leur indépendance pas à pas, et la rétablissant après l'orage.

Aussi voit-on nos députés partir vers Zurich dès le mois de mai 1814. Les Alliés, du reste, comme ils le firent pour Genève et Neuchâtel, préconisaient une alliance fédérale élargie. Le ministre plénipotentiaire d'Autriche près la Confédération, Schraut, écrivait au colonel Simbschen, qui commandait le contingent autrichien en Valais: « Vous n'ignorez point que l'Empereur notre maître et ses augustes alliés, rendant et garantissant au peuple vallaisan sa liberté et son indépendance, désirent, pour son plus grand bonheur

et sa sûreté future, le faire entrer dans la Confédération suisse... » (22 mai 1814).

Eh bien! C'était aussi le désir du peuple « vallaisan ». Point, à la vérité, d'un petit groupe d'anciens hommes politiques qui auraient bien voulu conserver leurs privilèges; si on les avait entendus, le Valais serait resté un pays indépendant, relié à la Suisse par des liens assez lâches, comme au temps de l'ancienne Confédération. Ceux-là intrigèrent auprès des Alliés, à Paris; leurs démarches furent vaines. Les Bas-Valaisans, en particulier, tenaient fermement à devenir des Suisses à part entière.

Le 16 juin, deux représentants du gouvernement provisoire se présentèrent devant une commission chargée d'étudier leur demande. Un projet de constitution fut élaboré et, le 12 septembre 1814, la Diète fédérale décida, à une grande majorité, que « l'Etat du Valais ainsi que ceux de Neuchâtel et de la république de Genève seraient reçus au nombre des cantons de la Confédération suisse ».

Ne disons pas que cette décision fut accueillie d'emblée avec des transports de joie dans toute la vallée. On n'a pas été impunément un pays absolument maître de ses destinées pendant des siècles: des difficultés assez nombreuses surgirent. Elles furent résolues assez vite, néanmoins, et quand la nouvelle de la ratification, obtenue à la Diète de Zurich, le 4 août 1815, parvint en Valais, la joie fut grande dans toutes les régions de la grande vallée.

C'est cette dernière date qui fut retenue par le gouvernement actuel comme date déterminante. Mais, en pleines vacances, les grands rassemblements sont difficiles. Les festivités-anniversaires s'ouvriront à Sion le 2 octobre. D'ores et déjà, il semble bien que la population tout entière les accueillera dans la joie et la ferveur.

Maurice Zermatten

Als mitten im Zweiten Weltkrieg ein «Du»-Heft zum Thema «Der schweizerische Arbeiter» erschien, beschrieb Arnold Kübler in seinem Vorwort die große Unkenntnis und Gleichgültigkeit, welche die Menschen auch in unserem Lande trennt: «Wir wissen zu wenig voneinander, wir bloßen Viermillionen Eidgenossen leben vielfach in dunkler Unkenntnis allerwichtigster, allerallgemeinster Dinge unseres Zusammenlebens in Staat und Vaterland.» Die Aktualität dieser Aussage scheint sich heute unter gewandelten Voraussetzungen nur zu bestätigen: Zeigen uns der beispiellose wirtschaftliche Aufschwung und in der Folge die zunehmende Differenzierung unserer Gesellschaft nicht eine im Wohlstand begründete Ignoranz, ein Fordern und Rechten, das niemals von Zusammenhängen und Rücksichten, aber immer von Egoismen bestimmt ist? Legen sich wohl deshalb so viele Hindernisse zwischen das Postulat einer offenen, pluralistischen Gesellschaft und die Alltagswirklichkeit? Die soziologisch «objektivierte» Tatbestandsaufnahme dieser angedeuteten Problematik lautet mit den Worten des Berner Soziologen Richard F. Behrendt so: «Unsere gesellschaftlich-geistige Entwicklung hinkt hinter unserer naturwissenschaftlich-technischen her.»

Dieses apodiktische Urteil des Soziologen — das behauptete Gefälle von der Wirklichkeit zum Bewußtsein ist eine ebenso einprägsame wie gefährliche Formel — stand am Ausgangspunkt einer sehr konkreten Fragestellung nach der *Beziehung von Arbeitern und Angestellten im Betrieb*, die die Unternehmertagung im Reformierten Tagungs- und Studienzentrum auf *Boldern* am 14./15. Mai beschäftigte. Pfarrer *Paul Frehner* ging dabei von der durchaus richtigen Voraussetzung aus, daß vom Arbeitgeber aus (und umgekehrt) im Blick auf seinen Partner immer so etwas wie partielle Blindheit vorliege und zog aus dieser Erkenntnis die richtige Folgerung, indem er in einem echten, nicht durch ängstliche Vorsicht entstellten Podiumsgespräch mit Arbeitern und Angestellten unmittelbar wirklichkeitsbezogene Grundlagen

erarbeitete. Ein Rundgespräch gab dann die Möglichkeit zur Replik. Damit waren die Teilnehmer genügend gerüstet, sich mit dem Referat des Leiters des Instituts für angewandte Psychologie in Zürich, *Max Heusser*, auseinanderzusetzen, das «Betriebspsychologische Aspekte der Zusammenarbeit Arbeiter und Angestellte» behandelte. Pfarrer *Paul Frehner* faßte schließlich in einem Gespräch über «Betrieb als Organisation oder Organismus» die aufgeworfenen Fragen zusammen. Die Teilnehmer wurden und konnten jedoch nicht mit Rezepten entlassen werden, sondern mit eigentlichen Hausaufgaben, die persönlichen Einsatz verlangen.

Das einleitende Podiumsgespräch zeigte, daß zwischen Arbeitern und Angestellten durchaus Spannungen bestehen. Ihre Ursachen liegen zumeist in der Lohnfrage und in einem Minderwertigkeitsgefühl, das vor allem bei der älteren Arbeitergeneration — nicht zuletzt durch das historische Odium bedingt — noch anzutreffen ist. Viel entscheidender jedoch erscheint der Umstand, daß die soziale Höher- und Minderwertigkeit von Angestellten und Arbeitern immer schwerer zu bestimmen ist: Die heterogene «Spezies» der Angestellten ist im Grunde genommen ein Begriff ohne eindeutige Aussagekraft. Die klassischen Unterscheidungsmerkmale weichen einer zunehmenden faktischen Einstufung nach Bedeutung und Verantwortung. Hier wird denn auch der Wandel sichtbar, den man als eigentlichen Umbruch gesellschaftlicher Strukturen noch gar nicht richtig realisiert. Es fällt zum Beispiel schwer, im Arbeitsprozeß typische Unterschiede in bezug auf die qualifizierte Arbeit herauszuarbeiten, die den ursprünglichen Ordnungsfaktoren «Arbeiter» und «Angestellter» eine sinnvolle Bedeutung gäben. Eine sinnvolle Struktur wird sich deshalb an neuen Möglichkeiten der Arbeitsbewertung ausrichten müssen: die «Kombination» von Leistung, Verantwortung, Ausbildung und charakterlichen Fähigkeiten sollten die Grundlagen liefern, die den Menschen — und nicht den Angehörigen einer Kategorie — in ein richtiges Verhältnis zu seiner Arbeit

setzen. Diskriminierende Zurücksetzung, so lautet also die Behauptung, sei einer tatsächlichen Höherbewertung der Arbeit gewichen. Spielt bei diesem Vorgang aber nicht auch ein völlig unwahrscheinlich breites Angebot von neuen Berufen mit, das oft nur eine scheinbare Aufwertung qualifizierter Arbeit bewirkt? Und kennen wir nicht die instabile Lage, die aus dem häufig eingeschlagenen Weg des Berufswechsels entsteht? Bei aller bedingten Richtigkeit sei doch das Beispiel einer Umfrage angeführt, die bei 600 deutschen und 250 schweizerischen Arbeitern durchgeführt wurde. Sie ergab, daß 40% der Befragten bereits nicht mehr den gewählten Beruf ergreifen — und dies kurz nach ihrer Ausbildung. Ein weiteres kommt dazu: noch besteht keine völlige Angleichung oder Gleichsetzung der Gruppen «Arbeiter» und «Angestellte». Die geschilderte Bewegung sozialer Umstrukturierung läßt nur ein grob umrissenes mögliches Ziel erkennen, auf das hin sich unsere Gesellschaft bewegt. Aus Prognosen verbindliche Forderungen abzuleiten wäre indessen ebenso verfehlt wie gleichgültiges Treibenlassen. Was kann also vorgekehrt werden, um eine Entwicklung, deren Ziel wir nur ein Stück weit sehen, ohne Zwang zu beeinflussen?

Es müssen vom Arbeitgeber vor allem organisatorische, erzieherische, finanzielle

und informatorische Anstrengungen gefordert werden. Beispielsweise würde die Monatsentlohnung die Angleichung innerhalb der Arbeitnehmerschaft beträchtlich fördern. Sie könnte aber nur in kleinen Schritten verwirklicht werden, da sie auf beiden Seiten auf verständliche und unverständliche Hindernisse stößt. Aus dieser Aufgabe erwächst naturgemäß die Informationspflicht und als unmittelbare Folge ein gewisses Mitspracherecht des Arbeitnehmers. Von der Arbeitnehmerseite wird eine größere Solidarität zwischen Organisierten und Nichtorganisierten gefordert — ein Postulat, das zeigt, wie weit entfernt von den historischen Gegensätzen gelebt und diskutiert wird.

Aus diesen wenigen Beobachtungen kann wohl festgestellt werden, daß ein Wandel, eine Lockerung gesellschaftlicher Gefüge eingesetzt hat. Über das Ausmaß und die Richtung indessen können keine verbindlichen Aussagen gemacht werden. Dazu bedarf es der Analysen und ihrer richtigen Deutung — und nicht zuletzt der Einsicht, daß irrationale Faktoren mit dabei sind, die dem diagnostizierten Zukunftsbild stets ein gewisses Maß an Unglaubwürdigkeit beimischen. Die Grenzen der Voraussicht liegen dort, wo soziologische Hypothesen axiomatische Bedeutung erhalten, wo die «Wertfreiheit» neue Werte schafft.

Carl Holenstein

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Abkürzungen von Wirtschaftszeitschriften im folgenden Text: «FuW» = Finanz und Wirtschaft (Zürich); «Kreditwesen» = Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen (Frankfurt a. M.); «Monatsblätter» = Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik (ebenfalls Frankfurt a. M.); «NZZ» = Neue Zürcher Zeitung; «SAZ» = Schweiz. Arbeitgeber-Zeitung; «Gewerbe-Z.» = Schweiz. Gewerbe-Zeitung; «SHZ» = Schweiz. Handelszeitung; «Svizzera» = La Svizzera Industriale e Commerciale (Lausanne) und «Versicherung» = Schweiz. Versicherungs-Zeitschrift (Bern).

Internationale Wirtschaftsprobleme

Von den *westeuropäischen Staats-Wirtschaftsblöcken* hat in der Berichtszeit zwischen Anfang März und Ende Mai 1965 die EFTA vom Auftrieb profitiert, den ihr die britische Regierung im Februar mit ihrem Verzicht auf einen Drittel ihres berüchtigten Zusatzzolles beschert hatte. Auch in der EWG war insbesondere durch die Assoziationsverhandlungen mit Österreich (Genaueres im Leitartikel der Wiener «Industrie» vom 12. 3.; über «Stand und Perspektiven der Beziehungen zwischen der EWG und Drittländern»

siehe die Lausanner «Wirtschaftlichen Mitteilungen» vom 3. 3.) eine lebhaftere Bewegung festzustellen. Allerdings reichen hier selbst die wiederholten Annäherungsversicherungen aus London und sonst von der Kleinen Freihandelszone her nicht aus, die durch das Verhalten Frankreichs verursachte Stagnation zu überwinden. Mit besonderem Nachdruck hat Premierminister Wilson seine These der Zugehörigkeit Englands zu Europa bei seinem Antrittsbesuch im März in Bonn betont; der «Economist» begleitet am 13. 3. diesen Besuch mit dem auffallenden Kommentar: «Näher zu Deutschland; Mister Wilson betrachtet Deutschland als den Schlüssel zur britischen Außenpolitik.» Anhand einer übersichtlichen Zahlensammlung erörtern die «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft vom März die Verschiebungen der letzten Jahre in der Entwicklung des schweizerischen Außenhandels nach Ländergruppen, insbesondere mit der EWG und der EFTA. Die recht aktuelle «Bedeutung des Osthandels für die EWG» wird von der Wiener «Industrie» am 9. 4. studiert. Mit «Splittern zur Integrationsfrage» ist die «Gewerbe-Z.» am 9. und 16. 4. vertreten. Aus London wird die «NZZ» am 1. 5. (Nr. 118) über einen Vortrag orientiert, den dort ihr Generalsekretär Frank Figgures über «die Zukunft der EFTA» gehalten hat.

Von den inzwischen wieder aufgenommenen Verhandlungen der Kennedy-Runde in Genf, auf die im Industriesektor von der Schweiz große Hoffnungen gesetzt werden, hängt es laut «SHZ» am 1. 4. ab, ob die Schweiz dem *GATT* als Vollmitglied beitrifft. «Wo diese Kennedy-Runde steht», gibt der Genfer «Wirtschaftsrevue» im Mai zu denken. Der Frankfurter «Volkswirt» geht am 21. 5. sogar noch weiter, wenn er das *GATT* «immer revisionsbedürftiger» nennt. — Zur Lage der *Konjunktur und Struktur* und in Angelegenheiten der *Preisgestaltung* untersucht der «Economist» vom 27. 3. in seinem Kurzbericht zur Geschäftslage die wirtschaftliche Situation in der Welt und namentlich auf unserem Kontinent. Auch in «FuW» vom 3. 4. findet man Korrespondentenberichte über den Stand der ökonomischen

Dinge in den wichtigsten Industriestaaten. Die «Weltwoche» bringt am 30. 4. einen instruktiven Artikel: «Sind Europas Unternehmen zu klein?» In den «Monatsblättern» vom Mai wird ein Beitrag des New Yorker Prof. Dr. von Mises: «Ein Wort zum Monopolpreisproblem» aus der in Frankfurt a. M. erschienenen Jubiläumsgabe zum 65. Geburtstag von Volkmar Muthesius übernommen. Die «SAZ» enthält am 6. 5. Angaben über die Probleme des konjunkturgerechten Verhaltens der öffentlichen Hand. Prof. Walter Hallstein, Präsident der Brüsseler EWG-Kommission, eröffnet in der «Revue Economique Franco-Suisse», Nr. 1 von 1965, eine Serie von Artikeln über die «industrielle Konzentration». In der «SAZ» vom 20. 5. begründet E. Hübscher (Zürich), warum er die «Wirtschaftsaussichten der westlichen Welt für 1965» als günstig betrachtet. — Auf dem Gebiete des *Kapital- und Geldmarktes* ragt besonders das Heft I der «Außenwirtschaft» (St. Gallen) hervor; es enthält einen Aufsatz von Dr. F. Aschinger: «der amerikanisch-französische Gegensatz in der Währungsfrage» und einen solchen von Prof. Dr. Max Weber über «die internationale Währungspolitik vor dem Europarat». — Hinsichtlich der *Sozialpolitik* beschränken wir uns heute auf die Erwähnung einer Ausarbeitung (die er selber «Besprechungsaufsatz» nennt) von Prof. Dr. W. Büchi (Freiburg) in Heft 1 der «Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» mit dem Titel: «Sozialpolitik als Wissenschaft.» — Die Krise der *Entwicklungshilfe*, über die die «SHZ» am 11. 3. geradezu grotesk anmutende Beispiele anführt, kommt im Spitzenartikel der «SHZ» vom 1. 4. und in einem Bericht von Dr. H. Schindler (Zürich): «Entwicklungshilfe im Feuer der Kritik» aus Nr. 3 der «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der «Wirtschaftsförderung» zum Ausdruck. — *Im übrigen* ist dem Leser der Einblick in die folgenden Abhandlungen zu empfehlen: Dr. E. Jaggi (Winterthur) schildert in Heft 6/7 der «Agrarpolitischen Revue» «Agrarprobleme unserer Zeit», und Professor Dr. Röpke befaßt sich in einer «Verwurzelung» betitelten, mehr philosophischen Arbeit in der «Gewerblichen

Rundschau», Heft 1, mit dem Bedürfnis der Menschheit nach «Verwurzelung» oder, kurz gesagt: nach Heimat. Über «die Entstehung der Versicherung und ihre Entwicklungsfaktoren» schreibt Dr. H. Steiner in Heft I (April) der «Versicherung» und über die «Rationalisierung durch Normung» W. Ruggaber in Nr. 4 der vorher genannten «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen». Dr. H. Groß (Düsseldorf) schildert im Aprilheft der «Betriebsführung» das «Ringeln um einen neuen Welthandelstil» der Produktivität. Schließlich ist kürzlich ein früherer Artikel des Fürsprechers Mario Ludwig in der «Politischen Rundschau»: «Ein neuer Stil der Weltwirtschaftspolitik» als Separatdruck erschienen.

Aus der Schweizer Wirtschaft und von ihren Problemen

Die Beschäftigung mit den *ökonomischen Angelegenheiten der Schweiz* hat in der Wirtschaftspresse wieder einen breiten Raum beansprucht. Wegen Platzersparnis sei es gestattet, daß wir hier aus der Fülle des Stoffes nur die wichtigsten Beiträge der letzten Wochen herausgreifen.

Im Bereiche des *Außenhandels* ist die Diskussion über die geeignete Form der zollpolitischen Verständigung mit der EWG in der Wirtschaftspresse nicht verstummt. Dr. E. Schmid (Obermeilen) spricht sich mit einem Artikel: «Schweizer Zollpolitik und Wirtschaftsintegration» in Nr. 12 der «SAZ» für den Abschluß eines klassischen Handelsvertrages mit dem Gemeinsamen Markt aus. Dr. von Napolski (Zürich) liefert der Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom März einen lehrreichen Beitrag über «die neueste Außenhandelssituation». In einem Interview der Genfer «Wirtschaftsrevue» (April) vertritt H. Bachofner (Zürich) die sonderbare Anregung auf Einführung von *Exportzöllen* in der Schweiz, ein Vorschlag, der nach Mitteilung der Redaktion inzwischen vom Volkswirtschaftsdepartement bereits verworfen wurde. Den «schweizerischen Außenhandel im Jahre 1964» charakterisiert Prof. Dr. A. Boßhardt, unter Verwertung eines umfangrei-

chen Zahlenmaterials, in dem bereits zitierten Heft I der «Außenwirtschaft». «Neue Schwierigkeiten in den amerikanisch-schweizerischen Handelsbeziehungen» muß «La Suisse Horlogère» am 29. 4. melden.

Aus dem Sektor der *Sozialpolitik* ist zunächst das zustimmende Urteil der Wiener «Industrie» vom 16. 4. zu dem «Schweizer Friedensabkommen» in der Maschinen- und Metallindustrie zu begrüßen. Die Zeitschrift rühmt es als «einen Weg zu echter Sozialpartnerschaft». Der Wirtschaftsberater H. G. Stokar beklagt dann in den von ihm herausgegebenen «Wirtschafts-Winken» vom April die auffallende Zeiterscheinung der «Flucht in die Krankheit». In seiner «Werkzeitung der schweizerischen Industrie» betitelt im April Redaktor Dr. Markus Gröber (Winterthur) das verabschiedete Bundesgesetz betreffend Ergänzungsleistungen der AHV als «Meilenstein und Pfeiler». Mit einer «Interpretation der Personalbeschränkungsmaßnahmen» leitet die «SAZ» ihre Nr. 16 am 22. 4. ein. «Die Wichtigkeit der Schweizer Staatsangehörigkeit» für die Beschäftigung in der Industrie des Landes gibt einem Korrespondenten des «Economist» am 24. 4. Veranlassung zu einer Darstellung der gemachten Erfahrungen. Ferner ist «der Bestand an kontrollpflichtigen ausländischen Arbeitskräften in der Schweizer Wirtschaft während des Februars» aus der «SAZ» vom 29. 4. herauszulesen; und der «Wochenbericht» von Bär nennt am 6. 5. den schweizerischen Arbeitsmarkt als durch die amtlichen Vorschriften auf das «Prokrustesbett» gespannt.

Aus dem Herrschaftsbereich der *Finanz- und Steuerprobleme* wird von der «Steuerrevue» im März und vom «Steuerbatzen» im März und April die umstrittene Kostendeckung für den Bau der Nationalstraßen erörtert. Die «NZZ», Nr. 87/88 vom 29./30. 3., veröffentlicht das ausführliche Referat von Dr. W. Schwegler, dem Präsidenten des Direktoriums in der Nationalbank, an deren Generalversammlung vom 27. 3. und das «Bulletin» Nr. 2 des Schweizerischen Bankvereins die Ansprache des Präsidenten des Verwaltungsrates, Dr. Schweizer, vor der Generalversammlung des Bankvereins am

4. 3. Dr. Schweizer ist dabei auf «Währungsfragen, Notenbankpolitik und Publizität» eingegangen. Auch auf die Aprilausgabe der «Steuer-Revue» wäre aufmerksam zu machen; dort verbreitet sich Fürsprecher Ludwig (Bern) über «zwei Jahre Maßnahmen gegen die ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Doppelbesteuerungsabkommen». Am 15. 5. enthält «FuW» eine ausgedehnte Beilage: «Investmenttrusts.» Schließlich fragt das Bulletin «Aktuelles von Börse und Wirtschaft» der Volksbank im April nach den Gründen für «die Malaise am Aktienmarkt». Mit Besorgnis betrachtet in der «Steuer-Revue» vom Mai ihr Redaktor Dr. Otto Fischer «die Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hand». — Das vorliegende Kapitel unseres heutigen Berichtes soll mit dem Nachweis wertvoller *Arbeiten ökonomischen Inhalts aus verschiedenen Sachgebieten* ausklingen. Der Frankfurter «Volkswirt» äußert am 15. 4. unter der Überschrift: «Offensive Eidgenossen» seine Unzufriedenheit über die Suche der schweizerischen Uhrenindustrie nach Stützpunkten in der Bundesrepublik. — Der «Economist» wird am gleichen Datum von der «SHZ» (Sonderbeilage: *Swissair*) als ein angesehenes Wirtschaftsblatt gelobt, weil es die schweizerische Luftfahrt, im Gegensatz zu der britischen, als mit Gewinn arbeitendes Unternehmen anerkennt. — Die diesjährige Mustermesse in Basel wird von ihrem Direktor H. Hauswirth in der «Svizzera» vom März und in den «Wirtschaftlichen Mitteilungen» vom 14. 4. nach Zweck und Ziel geschildert; auch widmet ihr «La Suisse Horlogère» am 22. 4. eine spezielle Ausgabe. — Das Schweizerische Wirtschaftsarchiv in Basel hat im April den aufschlußreichen 55. Jahresbericht über die Wirksamkeit des Instituts publiziert; auch heute wieder ist das von ihm und der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft verlegte «Archiv für schweizerische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik» als vorzügliche Unterrichtsquelle zu nennen. — Der in Bad Wörishofen erscheinende «Wirtschafts-Digest» hat in seiner den Vorgängen der chemischen Industrie sich anbietenden Auslese aus der ökonomischen Weltpresse des Monats Mai den «Wirtschafts-Notizen»

der Bankgesellschaft einen Artikel über «die chemische Industrie der Schweiz» entnommen. — In der «SAZ» vom 13. 5. vermag man mit Gewinn einen Aufsatz über die Vielschichtigkeit des Problems der «Rationalisierung» zu lesen.

Wirtschaftsinformationen über die USA

«Die amerikanische Wirtschaft» als tragendes ökonomisches Fundament hat Gerhard Hirsland (New York) zu unterhaltenden Ausführungen in den «Monatsblättern» vom März inspiriert. In *konjunktureller Hinsicht* schildern die «Wirtschaftlichen Nachrichten» mit Nr. 10 den «Kampf gegen das Zahlungsbilanzdefizit» in den USA. Im «Economist» werden am 3. 4. und 1. 5. Betrachtungen wiedergegeben, ob der Investment-Boom abklingt und ob die Haltung der amerikanischen Konsumenten zu optimistisch ist. Die «Wirtschafts-Notizen» der Bankgesellschaft orientieren im April über den Zustand von «Wirtschaft und Börse in den USA». — *Handelspolitisch* sind die Mitteilungen aus «La Suisse Horlogère» vom 11. und 25. 3. aufschlußreich über den Bericht der Tarifkommission der USA; darin wird untersucht, welche Folgen von einer Rückkehr zu den 1936 mit der Schweiz vereinbarten Zollsätzen für die amerikanische Uhrenindustrie zu erwarten seien. — Abschließend ist auf den «Monat» des Bankvereins hinzudeuten; im April begutachtet er «die Stärke des Dollars».

Wirtschaftsinformationen aus andern Ländern

Aus Europa: Innerhalb der *Beneluxstaaten* findet der belgische Uhrenhandel in Direktor Dr. De Vreede einen gewandten Interpreten; siehe «La Suisse Horlogère», Heft 9. Über «die belgischen Sozialabgaben 1965» kann man sich in der «SAZ» vom 18. 3. vergewissern. «Das System der Kreditpolitik in Belgien» wird von der «NZZ», Nr. 133 vom 16. 5., beleuchtet. Der «Economist» bringt am 6. 3. als «Lehre für England» einen umfassenden Überblick über die ökonomischen Verhältnisse der Niederlande. — In dem

verspätet ausgelieferten amerikanischen Wirtschaftsmagazin «Challenge» vom Februar blickt Professor Dr. H. O. Schmitt auf die Gründe für «das Wirtschaftswunder in Westdeutschland», und Professor Apel kennzeichnet «Einkommen und seine Verteilung in Ostdeutschland». Die Sondernummer der Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom April ist der «Hannover-Messe 1965» zugewandt. — In der Wiener «Industrie» vom 2. 4. stellt ihr Pariser Korrespondent A. Frisch «Frankreichs Staatsbetriebe» unter die Lupe, und in der Ausgabe vom 14. 5. verweist er mit großem Ernst darauf, daß «Frankreichs Großmachtspolitik ohne wirtschaftliche Basis» ist. — Das «System der sozialen Sicherheit in Griechenland» bildet das Thema eines Artikels der «SAZ» vom 8. 4. — Das neue Budget Großbritanniens wird am 10. 4. vom «Economist» in seinen Einzelheiten diskutiert, und am 5. 5. zeigt er sich besorgt darüber, ob «das Pfund Sterling über dem Berg» ist. Kenneth Blakemore äußert sich in «La Suisse Horlogère» am 8. 4. über «den britischen Uhrenmarkt». — In den «Wirtschaftlichen Mitteilungen» vom 7. 4. wird der Leser über die Wirkung der «staatlichen Konjunkturspritze» in Italien aufgeklärt; die Einschaltung der Regierung in Rom zur «Wiederankurbelung der Wirtschaft» erläutern auch die «Informationen und Dokumente», die sogenannten «Italdor» am 20. 4. — Aus der Region der nördlichen Staaten referiert die «NZZ» am 13. 3. (Nr. 71) über «den dänischen Außenhandel im Jahre 1964». Im «Vierteljahresbericht» der Skandinaviska Banken kommentieren E. Lundberg und J. Järv die «Investitionen der schwedischen Industrie und die Stabilisierungspolitik» im Lande. — «Österreichs Handelsprobleme» definiert der Bundesminister Dr. Bock in der «Furche», Nr. 11. Die Wiener «Industrie» hebt am 30. 4. hervor, daß «im Orient Austria noch immer guten Klang hat». Im übrigen können auch die «Informationen aus Österreich» als vielseitige Auskunftswahl in dieser Periode ebenfalls gerühmt werden. Dr. Maximilian Wiener läßt sich im «Kreditwesen» vom 15. 5. zu der «Offenmarktpolitik in Österreich» vernehmen.

Aus der übrigen Welt: Die lateinamerikanische Freihandelszone hat die Zeitschriften wiederholt beschäftigt. Der «Wirtschaft-Digest» ist am 10. 4. mit einer Reihe von Darstellungen über den dort erstrebten Gemeinsamen Markt gefüllt, darunter namentlich mit einem Artikel aus den «Basler Nachrichten»: «Lateinamerika im Umbruch» (ohne Datumnennung). Der «Economist» geht am 1. 5. ein auf einen neuen Vorschlag, unter anderm vom Generalsekretär der Uno-Welthandelskonferenz, Dr. R. Prebisch, für «Latin Unity»; und der argentinische Wirtschaftswissenschaftler Dr. Scheps untersucht im Hamburger «Wirtschaftsdienst», Heft 4, die Ursachen der «Krise der lateinamerikanischen Freihandelszone».

Von außereuropäischen Staaten wird Brasilien in den «Wirtschaftlichen Mitteilungen» beachtet; am 28. 4. berichten sie von der «Aktivierung der dortigen Handelsbilanz durch Einfuhrbeschränkungen». — Mit einer gewissen Besorgnis blickt der «Volkswirt» am 9. 4. auf die Steigerung der Produktion und den wachsenden Export der japanischen Automobilindustrie. Die «Wirtschaftlichen Mitteilungen» sprechen am 12. 5. von einer bevorstehenden «wirtschaftlichen Blockbildung im Pazifikraum», zu der die japanische Wirtschaft den Anstoß gibt. — In der «NZZ» vom 11. 4. (Nr. 100) wird «die Wirtschaftsexpansion Mexikos» gekennzeichnet. — Daß «Pakistan ehrgeizige Ziele hat», macht der Wiener «Industrie» vom 16. 4. Eindruck. — Zum Abschluß sei auf «FuW» vom 14. 4. Bezug genommen; die Zeitung äußert sich dahin, daß in Südafrika «Inflationstendenzen die Expansion hemmen».

Wirtschaft im kommunistischen Block und West-Ost-Handel

«Die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des vergangenen Jahres in Osteuropa und speziell in der Sowjetunion» wird ausführlich von den «Nouvelles» der Wirtschaftskommission für Europa in ihrem Aprilheft dargestellt. Der Hamburger «Wirtschaftsdienst» bringt ebenfalls im April eine Studie

über «den Außenhandel des Comecon in Zahlen», die darauf hinweist, daß die Integration im Ostblock nur mühsam voranschreitet.

Am 16. 3. findet man im «Wochenbericht» von Bär einen recht lebendig geschriebenen Artikel: «Fata Morgana und Wirklichkeit in *Rußland*.» Die «Osteuropa-Wirtschaft» liefert im März statistisches Material über «den sowjetischen Außenhandel 1963».

Von Einzelstaaten im kommunistischen Geltungsbereich wird die Volksrepublik *China* in «*La Suisse Horlogère*» vom 15. 4. und in der «SHZ» vom 29. 4. mit ihrem Bemühen geschildert, die westlichen Industrienationen einzuholen. — Am 22. 5. behandelt der «*Economist*» den Weg der *jugoslawischen* Wirtschaft. — Im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom April zeichnet Dr.

J. Langr (Prag) ein Bild «des neuen Systems einer planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft in der *Tschechoslowakei*».

Unter «Strukturimpulsen auf die Weltkonjunktur» im Rahmen des *West-Ost-Handels* beschäftigt sich Dr. Groß (Düsseldorf) im Märzheft der «Betriebsführung» mit «östlichen Bezugsquellen».

*

Die Münchener (Monats-) «Zeitung für kommunale Wirtschaft» hat ihren Schwerpunkt für den März in der Gas-, für den April in der Wasser- und für den Mai in der Stromwirtschaft der Gemeinden gefunden.

(Abgeschlossen Mai 1965.)

Hans Posse

Was den Staat nach innen betrifft, so ist er nicht entstanden durch Abdikation der individuellen Egoismen, sondern er ist diese Abdikation, er ist ihre Ausgleichung, so daß möglichst viele Interessen und Egoismen dauernd ihre Rechnung dabei finden und zuletzt ihr Dasein mit dem seinigen völlig verflechten.

Jakob Burckhardt